

Protokoll

(Genehmigung durch Behörde ausstehend)



33. Sitzung vom 29. September 2025

mal

Seite 723

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 29. September 2025, 19:00 – 19:50 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	33 Mitglieder des Gemeinderats, 6 Mitglieder des Stadtrats und die Stadtschreiberin, der Ratssekretär a.i, die zur Wahl stehende Ratssekretär-Stellvertreterin sowie der Ratsweibel
Entschuldigte	Gemeinderat Roland Hitz Gemeinderat Clemens Schroedter Ratssekretär Roger Kempf Stadträtin Astrid Furrer

Traktanden

1. Mitteilungen
 2. Wahl Ratssekretär-Stellvertreterin
 3. Ersatzwahl Kommission
 4. Abnahme der Protokolle vom 16. Juni und 7. Juli 2025
 5. Interpellation der Mitte-Fraktion, vom 27. Juni 2025, betreffend Gesundheitsversorgung in Wädenswil; Begründung
 6. Interpellation Fraktion der Grünen, vom 4. August 2025, betreffend Erweiterte Öffnungszeiten des Strandbads Rietliau und des Seebads Brettlibadi; Begründung
 7. Postulat FDP/BFPW-Fraktion Mechanismus zur Begrenzung des Stellenwachstums vom 9. September 2025; Begründung
 8. Postulat der Fraktionen EVP, Die Mitte und Grüne zum Gemeinschaftsraum in der Au vom 2. September 2025; Begründung
 9. 1 Einbürgerungsgeschäft (Eilgeschäft)
-

(Die Traktandenliste wurde rechtzeitig am 19. September 2025 im Digitalen Amtsblatt Schweiz amtlich publiziert.)

(Keine Einwendungen gegen die Traktandenliste.)

1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsident Roman Schafflützel begrüsst die Anwesenden ganz herzlich zur heutigen Gemeinderatssitzung.

1.1 Neues Gemeinderatsmitglied

Gemeinderatspräsident Roman Schafflützel: Speziell zur ersten Gemeinderatssitzung begrüsse ich Julian Schnyder, Grüne, als Nachfolger für Patrick Höhener.

Gemeinderatsmitglieder, die während der Amtsdauer nachrücken, werden zu den Verhandlungen eingeladen, sobald der Stadtrat sie als gewählt erklärt hat. Die Wahl durch den Wädenswiler Stadtrat erfolgte am 15. September 2025. Die Stimmrechtsrekursfrist von 5 Tagen ist ebenfalls verstrichen, somit ist Julian Schnyder heute stimmberechtigt. Ich wünsche ihm viel Erfüllung im neuen Amt und begrüsse ihn herzlich zur heutigen Sitzung.

1.2 Verabschiedung aus dem Gemeinderat

Gemeinderatspräsident Roman Schafflützel: Du wurdest im Jahr 2018 vom Volk in den Gemeinderat gewählt. In den Jahren 2018-2020 warst du als Stimmzähler Mitglied der Geschäftsleitung des Gemeinderates. Von 2022 bis heute warst du Mitglied der Sachkommission und Delegierter im Zweckverband Entsorgung Zimmerberg.

Wir haben die KI gefragt, was sie zu deinem politischen Wirken meint:

Patrick Höhener betrieb während seiner Zeit als Gemeinderatsmitglied konsequent grüne Politik und hat sich besonders für Umwelt-, Energie- und Klimathemen eingesetzt. Seine berufliche Expertise als Betriebsökonom kombinierte er erfolgreich mit seinem politischen Engagement für eine nachhaltige Stadtentwicklung in Wädenswil.

Zudem wird deine Arbeit in den letzten 7.5 Jahren von politischen Gegnern und Weggefährten wie folgt beschrieben:

Du warst lösungsorientiert, hast alles kritisch hinterfragt, warst immer informiert, du liest viel in verschiedenen Medien von NZZ bis ZSZ.

Du bist ein angenehmer Diskussionsteilnehmer gewesen, der auch zuhören konnte, warst nicht ideologisch, sondern offen für sachorientierte, pragmatische Lösungen über die Parteigrenzen hinweg. Dein Markenzeichen, welches wir alle kennen: Du bist immer mit dem Velo unterwegs.

Ich danke dir für deine geleistete Arbeit für Wädenswil und wünsche Dir für die Zukunft alles Gute.

(Um 19.15 Uhr erscheint Gemeinderätin Carmen Brunner und nimmt an der Sitzung teil. Die Zahl der anwesenden Stimmberechtigten erhöht sich entsprechend.)

Patrick Höhener

Ich schaue auf eine sehr spannende Zeit zurück. Die Zeit in Gemeinderat war für mich eine extrem lehrreiche Zeit, in vielfacher Hinsicht; Man muss argumentieren, man muss formulieren, an den Worten schleifen, dass es die Nachricht so ankommt, wie man es möchte. Man muss zuhören, man muss ab und zu austeilern, aber auch einstecken, man geht aufeinander zu, man muss einen Konsens finden, man versucht konstruktiv zu sein, manchmal gewinnt man, manchmal verliert man. Manchmal freut man sich, manchmal ist man frustriert. Man respektiert einander und ich denke, wir haben einander immer respektiert. Humor ist auch ein wichtiger Teil der Arbeit. Ich war gerne Gemeinderat und es war für mich eine Ehre, diese Aufgabe wahrzunehmen. Das hat mit euch allen zu tun.

Ich möchte mich bedanken bei allen Kollegen der Grünen Partei, aber auch bei allen die im Hintergrund wirken. Sei es Rita, unsere damalige und aktuelle Präsidentin, aber auch bei anderen, die unsere Arbeit erledigen. Ein grosses Dankeschön geht auch an meine Kolleginnen und Kollegen von der Sachkommission für die spannenden und guten Diskussionen für die tolle Arbeit weit über die Partei-Grenzen hinweg. Ein besonderes Dankeschön geht von mir an Charlotte, unsere Präsidentin, für ihre immer wertneutrale Arbeit und für deine grosse Zeitinvestition in Bericht und Anträge

Tragt einander Sorge, bleibt respektvoll und hört einander zu, lasst auch Raum für guten Humor.

Ich wünsche meinem Nachfolger am Julian eine ebenso spannende, lehrreiche und gute Zeit im Gemeinderat. Euch allen sage ich einfach, merci, alles Gute und bleibt gesund.

1.3 Einladung zum 50-Jahr-Jubiläum der Guggenmusik "Trubadix"

Im Jahr 2026 feiert die Guggenmusik Trubadix ihr 50-jähriges Jubiläum. Dazu ist der Gemeinderat herzlich eingeladen, am Samstag, 17. Januar 2026 in der Kulturhalle Glärnisch anzustossen. Der Apéro beginnt um 18.00 Uhr und die offizielle Türöffnung ist um 19.00 Uhr.

Es folgt noch eine E-Mail an alle Mitglieder für die Anmeldung.

1.4 Überweisungen

Die Weisung 29, vom 11. August 2025, betreffend Bau der Basisinfrastruktur für öffentlich zugängliche Elektro-Ladestationen, Kreditbewilligung, wurde der Sachkommission am 19. September 2025 überwiesen.

1.5 Eingänge

Keine.

1.6 Kommissionserklärung nach Art. 68 Abs. 1 lit. d GVGR der Sachkommission von Charlotte Baer, Präsidentin Sachkommission

Charlotte Baer, Präsidentin Sachkommission: Die Sachkommission hat die Weisung 23 zum Friedhofswesen noch nicht begraben. Grund ist die gemeinderätliche Debatte über den Kostendeckungsgrad für den Unterhalt der Friedhofanlagen vom 14. April 2025. Die Tatsachen sind bekannt. Der Stadtrat hätte die beiden Friedhöfe Schöneberg und Hütten aus Spargründen langfristig aufheben wollen. Die beiden Ortsteile haben sich vehement dagegen gewehrt und für die Erhaltung plädiert. Sie haben sich aber auch bereit erklärt, Mehrkosten dafür in Kauf zu nehmen. Die einstimmige Sachkommission hat für die Anliegen der Bergbevölkerung Verständnis signalisiert, hat aber dem Stadtrat gleichzeitig ein Instrument in die Hand gegeben, wonach er Gebühren nach seinem freien Ermessen so ansetzen kann, dass ein möglichst hoher Kostendeckungsgrad erzielt werden kann.

Basierend auf dem stadträtlichen Zahlenmaterial, unter anderem betreffend Horgen als Vergleichsgemeinde und im Wissen, dass Kostendeckungsgrade jährlich stark schwanken, hat die einstimmige Sachkommission eine jährliche Zielvorgabe von 45% für den Unterhalt der Friedhöfe definiert. Diese 45% basieren nicht auf Zufall, sondern auf einem ausgiebig diskutierten und sorgfältig austarierten Kompromiss. Welcher den berechtigten Sparanstrengungen des Stadtrats Rechnung trägt und so im Bericht und Antrag verabschiedet wurde. Umso konsternierter war die Sachkommission, als sie im Verlauf der Gemeinderatsdebatte von der federführenden Stadträtin erfahren musste, dass von der Abteilung Planen und Bauen der Kommission Kostenvergleiche unterbreitet wurden die nicht auf adäquaten Berechnungen beruhen, sondern versehentlich aus verschiedenen Jahren und unglücklicherweise erst noch zu Ungunsten der Stadt Wädenswil herausgepickt worden sind. Fakt ist, dass Wädenswil im Corona-Jahr 2021 mit einer erhöhten Sterberate einen Kostendeckungsgrad von 44,1% erzielt hat und damit nur minim hinter Horgen mit 44,4% gelegen ist. Die der Sachkommission vergleichsweise kommunizierte 31,3 Prozent, auf welche wir uns gestützt haben, sind hingegen aus dem Jahr 2022 gewesen, wo Horgen mit nur 29,2% sogar schlechter abgeschlossen hat. Die Sachkommission weist darum die stadträtliche Erklärung vom 14. April, lediglich einen Kostendeckungsgrad von 40% für den Friedhofsunterhalt anzustreben, in aller Form zurück und ersucht die Verantwortlichen, die geforderten 45% beizubehalten. Sparanstrengungen heissen nicht, umsonst "Anstrengungen". Entsprechend war die Sachkommission irritiert, dass die Abteilung Planen und Bauen von Anfang an sich nur ein bequemes Ziel gesetzt und keine Ambitionen gezeigt hat, mit Ehrgeiz, Innovation und Kreativität ein besseres Ergebnis erzielen zu wollen.

Damit ist leider nicht genug: Vor Jahresfrist hat der Gemeinderat auf Antrag der einstimmigen Sachkommission einen Gesamtkredit von 3,7 Millionen für einen Kunstrasentrainingsplatz vom Fussballclub auf der Beichlen bewilligt. Am 14. Juli 2025 – das konnte man vor wenigen Tagen in der Zeitung lesen – hat der Stadtrat in eigener Kompetenz einen Zusatzkredit von 260'000 Franken sprechen müssen, weil der Baukredit von 1,9 Millionen in der fraglichen Weisung 16 auf einer falschen Kostenschätzung basiert hat. Die neue Gesamtkreditsumme von 3,96 Millionen Franken liegt jetzt nur bescheiden in 40'000 Franken unter den Limiten für eine Volksabstimmung, was nebst der Sachkommission auch den geneigten Steuerzahler stutzig machen könnte. Auch das ist nicht der erste Vorfall. Im Jahr 2019, damals noch unter der alten Geschäftsordnung, stand die Sanierung der Kinderkrippe Wädenswil zu einem Gesamtkredit von 1,985 Millionen zur Diskussion, was gerade einmal 15'000 Franken unter der Urkompetenz für den Urnengang gewesen ist. Wegen Kommuni-

kationsfehlern und mangelnder Planung musste der Stadtrat in eigener Kompetenz verschiedene Zusatzkredite sprechen. Die Krippensanierung kostete am Schluss ca. 2,8 Millionen Franken, was also deutlich über der Kompetenz des Soveräns gelegen ist. Es geht der Sachkommission nicht darum, die erwähnten Projekte zu torpedieren oder Personen zu verunglimpfen – verschiedene sind ja nicht einmal mehr im Amt – und das neue Fussballfeld ist sicher genauso notwendig, wie es damals die Krippensanierung war. Sie appelliert aber dringend an den Gesamtstadtrat, für die Vorberatungen in den Kommissionen, unbedingt stichhaltiges Zahlenmaterial zu liefern. Sollte das nicht möglich sein, ist auf den provisorischen Charakter hinzuweisen und belastbare Angaben nachzureichen. Es kann nicht sein, dass Exekutivmitglieder erst nach der Lektüre von Bericht und Antrag die zu verantwortenden Ungereimtheiten feststellen und das dann in der Gemeinderatsdebatte einfach so beiläufig erwähnen.

Noch weniger kann toleriert werden, dass der Stadtrat fälschlicherweise zu tiefe Weisungskredite beantragt, welche er dann nachher mittels eigenmächtiger "Zusatzkredite" so aufstocken muss, dass sie am Schluss über den Limiten der Volksabstimmung sind. Derartige Vorfälle erwecken leider nur Misstrauen und untergraben die Kommissionsarbeit.

1.7 Persönliche Erklärung nach Art. 68 Abs. 1 lit. d GVGR von Corinna Martinelli, SP

Corinna Martinelli, SP: Ich mache von meinem Recht Gebrauch, eine persönliche Erklärung abzugeben und richte mich damit direkt an Herrn Stadtrat Wolfer. Am 9. April haben wir von der SP Wädenswil eine schriftliche Anfrage zu den Eigentumsverhältnissen der Stadt Wädenswil eingereicht. Mit dieser Anfrage möchten wir herausfinden, wie sich das Eigentumsverhältnis beim Wohnbestand in der Stadt Wädenswil seit 2010 entwickelt hat. Konkret möchten wir wissen, wie viel Wohneigentum in der öffentlichen Hand ist, wie viel Wohneigentum von der Wohnbaugenossenschaft gehalten wird und wie viel Wohneigentum die natürlichen Personen haben sowie wie viel die übrigen privaten Gesellschaften wie Pensionskassen, Anlagestiftungen, Vereine und übrige private Stiftungen halten. Die Kennzahlen zu den Eigentumsverhältnissen sind für unsere Arbeit sehr wichtig.

Entweder werden mit diesen Zahlen eine besorgnisregende Entwicklung bestätigt oder unsere Sorgen werden ein für alle Male widerlegt.

Laut Artikel 49 der Gemeinderatsgeschäftsordnung muss der Stadtrat eine schriftliche Anfrage innert drei Monaten beantworten. Diese Frist ist am 9. Juli, also vor bald drei Monaten, abgelaufen. Wir von der SP Wädenswil fordern deshalb den Stadtrat Wolfer auf, seiner Pflicht nachzukommen und uns diese Fragen sehr bald zu beantworten.

0.5.2

2. Wahl der Ratssekretär-Stellvertreterin

Gemeinderatspräsident Roman Schafflützel: Der Präsident der IFK, Werner Fuchs, wird nun den Wahlvorschlag für die anstehende Wahl bekanntgeben.

Werner Fuchs, Präsident IFK: Der Präsident der IFK bzw. alle Fraktionen schlagen einstimmig **Melanie Alder** als Ratssekretär-Stellvertreterin vor.

Melanie Alder wird ohne Erweiterung und Auszählung als Ratssekretär-Stellvertreterin gewählt

0.5.3

3. Ersatzwahl Kommission

Gemeinderatspräsident Roman Schafflützel: Infolge des Austritts von Patrick Höhener aus dem Gemeinderat kommt es in der Sachkommission zu einer Ersatzwahl.

Der Präsident der IFK, Werner Fuchs, wird nun den Wahlvorschlag für die anstehende Wahl bekanntgeben.

Werner Fuchs, Präsident IFK: Die IFK schlägt einstimmig **Julian Schneider**, Grüne für die Wahl in die Sachkommission vor.

Wird der Wahlvorschlag (Vorschlag der IFK: Julian Schnyder, Grüne) erweitert?

Julian Schnyder, Grüne, wird ohne Erweiterung und Auszählung in die Sachkommission gewählt.

0.5.1

4. Abnahme der Protokolle vom 16. Juni und 7. Juli 2025

Gemeinderatspräsident Roman Schafflützel: Gibt es Einwände gegen die Protokolle vom 16. Juni und 7. Juli 2025?

Die Protokolle vom 16. Juni 2025 und vom 7. Juli 2025 werden genehmigt.

Antrag auf Rückkommen nach Art. 79 Abs. 1 lit. d GVGR durch Stadtrat Daniel Tanner auf die Kommissionserklärung von Charlotte Baer (Präsidentin Sachkommission) unter Traktandum 1.6.

Gemeinderatspräsident Roman Schafflützel: Der Rückkommensantrag ist ein Ordnungsantrag. Der Gemeinderat muss darüber abstimmen.

Abstimmung über den Rückkommensantrag

Der Rat stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

Dann kommen wir zurück auf das Traktandum 1.6, die Kommissionserklärung der Sachkommission.

Stadtrat Gesellschaft, Daniel Tanner: Tatsächlich haben wir einen Nachtragskredit, beim Stadtrat beantragt, welcher genehmigt wurde. Es ist aber zu sagen, dass das nicht erst der Presse entnommen werden konnte, sondern der Antrag, den wir am 14. Juli, in der 16. Sitzung beschlossen haben, öffentlich war. Man hätte das also gleich nach der Sitzung, nicht erst drei Monate später, der Presse, der öffentlichen Publikation entnehmen können. Wir achten darauf, dass, wenn es immer das möglich ist, unsere Anträge öffentlich sind. Es war mir ein Anliegen, dies zu ergänzen.

0.5.4

5. Interpellation der Mitte-Fraktion, vom 27. Juni 2025, betreffend Gesundheitsversorgung in Wädenswil; Begründung

Joël Utiger, die Mitte: Das Schweizer Gesundheitswesen steht vor einem kontinuierlichen Umbruch und vielen Herausforderungen. Es ist absehbar, dass die stationären Einrichtungen wie Spitäler, Rehakliniken und Alters- und Pflegeheime zunehmend noch mehr unter Druck geraten und – aller Voraussicht nach – die stetig anwachsende Anzahl pflegebedürftiger Menschen in Zukunft nicht ohne weitere Massnahmen in Würde und guter Qualität behandelt, gepflegt und betreut werden können. Umso wichtiger ist es, dass die Gesundheitsversorgung auf kommunaler Ebene bestmöglich aufgestellt und für die Zukunft gewappnet ist. Das bedeutet, unter anderem, eine zukunftsfähige ambulante Versorgung, sowohl zum Beispiel durch die Spitex, wie aber auch zum Beispiel genügend Hausärztinnen und Hausärzte. In der Au zum Beispiel sucht einer von nur zwei vorhandenen Hausärzten nach einer neuen Lokalität. Es wäre zu begrüßen, wenn die Stadt da auch unterstützen könnte.

Gerne möchten wir vom Stadtrat wissen, wie er die diversen Aufgaben und Herausforderungen im Bereich der Gesundheitsversorgung angehen möchte und was er bis jetzt alles schon gemacht hat. Mit der Fraktion bedanke ich mich beim Stadtrat bei der Beantwortung unserer Fragen.

Die Interpellation betreffend Gesundheitsversorgung in Wädenswil geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

0.5.4

6. Interpellation der Fraktion der Grünen, vom 4. August 2025, betreffend Erweiterte Öffnungszeiten des Strandbads Rietliau und des Seebads Brettlibadi; Begründung

Ulrich Reiter, Grüne: Ich glaube, das wesentliche Anliegen der Interpellation ist rasch klar: Wir suchen nach Wegen, den Zugang zu unserem schönen Seeufer zu erweitern und die Nutzung der Badis zu verlängern oder zu verlängerten Öffnungszeiten zu ermöglichen. Wir möchten einem breiten Publikum den Seezugang noch etwas länger, vor allem im Sommer, aber dann auch im Winter ermöglichen. Nachdem es mit der Erstellung des Seeuferwega in Wädenswil nicht wirklich weitergeht, suchen wir nach Möglichkeiten, das Seerlebnis hier in Wädenswil niederschwellig zu erweitern.

Wie wir kürzlich in der Presse entnehmen konnten, wurde ein Teil dieser Interpellation bereits umgesetzt. Das freut uns natürlich. Wir, als Fraktion der Grünen, bedanken uns beim Stadtrat für die Beantwortung der verbleibenden Fragen.

Die Interpellation betreffend Erweiterte Öffnungszeiten der Strand- und Seebäder geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

0.5.4

7. Postulat der FDP/BFPW-Fraktion, vom 9. September 2025, betreffend Mechanismus zur Begrenzung des Stellenwachstums; Begründung

Beat Lüthi, FDP: Das Postulat der FDP betreffend Mechanismus zur Begrenzung des Stellenwachstums steht im Zusammenhang mit unserem langjährigen Bestreben, den Finanzaushalt der Stadt ins Lot zu bringen und eine kosteneffiziente Erbringung der Dienstleistungen der Stadt sicherzustellen.

Jahr für Jahr schauen wir auf das Budget und natürlich auch auf die Rechnung und natürlich sind Personalkosten und ihre Entwicklung der Haupttreiber der Kostenentwicklung. Der Jahr für Jahr zu beobachtende leichte Anstieg des Personalbestands entgeht unserer Aufmerksamkeit jeweils nicht.

Die neuen Stellen scheinen auf den ersten Blick aber immer gut begründbar und begründet und gehen im Allgemeinen Rauschen der vielen Zahlen unter.

Aufschlussreicher ist darum eine längerfristige Betrachtung über die letzten fünf Jahre vom Stellenwachstum der Stadt. Der kumulative Anstieg über die letzten fünf Jahre liegt mit 18% weit über dem Anstieg der gesamten Völkerrechte von 4%.

Wenn die Stellenentwicklung in diesen fünf Jahren parallel verlaufen wäre zur Einwohnerentwicklung, wie man es eigentlich erwarten könnte, so wäre die Stellenzahl 2024 als im letzten Berichtsjahr in der Stadtverwaltung über 30 Stellen tiefer und im Stellenplan total über 80 Stellen tiefer. Wenn wir diese Zahlen mit einer simplen Annahme von Gesamtkosten pro Mitarbeiterin und Mitarbeiter von etwa 120'000 multipliziert, so können wir allein für die Stadtverwaltung auf einen dadurch entstandenen Mehraufwand von den Personalkosten (im Vergleich zum Jahr 2019) von rund 3,6 Millionen. Das pro Jahr. Für den Gesamtpersonalbestand der Stadt ist die entsprechende Zahl massiv höher. Das sind dann rund 10 Millionen Franken. Der Zusammenhang mit unserem immer noch beim Stadtrat zur Bearbeitung hängigen Postulat betreffend strukturelle Finanzierungslücken ist offensichtlich. Es ist nicht nachhaltig, der Entwicklung zuzuschauen und ihr nicht Einhalt zu gebieten. Jede Organisation, wenn man sie sich selber überlässt, neigt dazu, sich auszubreiten, zu wachsen oder gar zu wuchern. In der Privatwirtschaft gibt es diese Tendenzen auch. Aber dort gibt es bekanntlich einen wirkungsvollen Mechanismus, der "Markt" heisst. Dieser baut einen Gegenruck auf und sorgt dafür, dass die Organisationen stets oder zumindest periodisch getrimmt und auf ein gesundes Mass zurückgestutzt werden. In der öffentlichen Verwaltung gibt es diesen Markt-Druck nicht. Es müssen darum andere Mechanismen geschaffen werden, um dafür zu sorgen, dass die Organisationen kosteneffizient werden und bleiben. Das ist der Kern unseres Postulats. Wir fordern den Stadtrat auf, das strategisch und nachhaltig Lösungen zu entwickeln, damit das Stellenwachstum auf ein nachhaltiges Mass reduziert wird. Um das Problem wirklich an den Wurzeln zu packen, muss der Stadtrat als zuständige Exekutive das Problem strategisch und top-down angehen und nicht mit Einzelaktionen, sondern mit Mechanismen und Prozessen, die das Wachstum der Stellen wirkungsvoll begrenzen. Wir fordern mit diesem Postulat den Stadtrat auf, bindende Richtlinien zu einer Personalbremse zu erarbeiten, sodass die Stellenentwicklung künftig das Bevölkerungswachstum nicht mehr übertrifft. Die Formulierung wird bewusst dem Stadtrat überlassen. Der Fokus

sollte dabei bei der Stadtverwaltung liegen und zusätzlich den Teil der Primarschule umfassen, in welchem die personellen Ressourcen nicht vom Kanton vorgegeben sind. Weiter wünschen wir die Schaffung von klaren Kennzahlen, mittels derer wir die Zielerfüllung dann überprüfen können.

Ein geeignet strukturierter und konsistent angewandter Mechanismus wird dafür sorgen, dass als Gegenstück zur Schaffung von neuen Stellen, in anderen Bereichen aktiv Massnahmen getroffen werden, um dort entsprechend mit weniger Stellen auszukommen. Das ist ein gesunder Gegendruck. Jenem ist auch jeder Steuerzahler – mit seinem eigenen Budget – ausgesetzt. Wer in einem Bereich mehr Geld ausgeben will, muss er dafür an anderer Stelle Einsparungen vornehmen, damit sein Budget im Lot bleibt.

Die FDP dankt dem Stadtrat für die Prüfung und Beantwortung von diesem Postulat, vor allem aber für das engagierte Angehen dieses Themas. Ich möchte aber noch kurz ein "PS" anfügen: Es ist uns bewusst, dieses Postulat geht an den Stadtrat. Wir wollen den Stadtrat in die Verantwortung nehmen. Aber es braucht auch den Gemeinderat, der mit seinen Vorstössen dafür sorgt, dass wir sorgsam mit den Ressourcen umgehen, die wir haben. Wir werden diese Woche ein entsprechendes Postulat einreichen, in welchem der Gemeinderat zumindest das Bewusstsein dafür erlangen wird, was seine Vorstösse bewirken, die er bei der Stadt einreicht.

Stadtpräsident Philipp Kutter: Der Stadtrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen, allerdings mit einer wichtigen Bemerkung. Der Vorstoss, über den wir diskutieren, ist als verbindlichen Auftrag formuliert, der umgesetzt werden soll. Postulate sind aber keine verbindlichen Aufträge, sondern Prüfaufträge. Mit einem Postulat kann der Stadtrat beauftragt werden, ein Anliegen zu prüfen und dem Gemeinderat dazu Bericht zu erstatten. Dazu ist der Stadtrat bereit, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Wenn Ihnen das zu wenig ist, müssten Sie eine Motion einreichen, wo dann aber auch ein Anliegen so formuliert sein muss, dass sie in die Kompetenz des Gemeinderats kommt.

(Die Diskussion wird eröffnet.)

Peter Huber, SP Wir haben heute ein Postulat vor uns, das zwar formell als Postulat eingereicht wurde, inhaltlich jedoch klar den Charakter einer Motion hat.

Wir sollten unsere demokratischen Instrumente nicht derart vermischen, sonst verwischen wir die klare Gewaltentrennung zwischen Legislative und Exekutive.

Nun aber zum Inhalt: Die Einreichenden wollen, dass das Wachstum der Stellen nicht grösser sein soll als das Wachstum der Bevölkerung. Meiner Ansicht nach ist das ein unrealistischer Ansatz, um das Stellenwachstum in den Griff zu bekommen. Ich schätze, dass rund zwei Drittel der Verwaltungsstellen durch übergeordnetes Recht verursacht sind. Angenommen, wir hätten einmal eine Wirtschaftskrise und die Zahl der Sozialhilfebeziehenden würde stark ansteigen. Dann wäre es schlicht ein frommer Wunsch, dass sich das Stellenwachstum proportional zum Bevölkerungswachstum entwickelt.

Viel entscheidender ist es, dass wir uns bei jeder zusätzlichen Aufgabe, die wir dieser Stadt übertragen, welche Personal beansprucht, bewusst sind: Mit dieser Aufgabe haben wir auch ausdrücklich Ja gesagt zum entsprechenden Stellenwachstum. Wir können nicht im Nachhinein sagen, die Aufgabe soll erfüllt werden, aber das dafür notwendige Personal wollen wir nicht.

Hingegen fände ich es sehr nützlich, einen Mechanismus zu haben, der aufzeigt, welche Leistungen wie viel Stellenwachstum verursachen. Auch die Effizienz der Stellen sollte dabei im Auge behalten werden. Insofern halte auch ich es für sinnvoll, den Mechanismus des Stellenwachstums besser zu kennen.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Roman Schafflützel gibt es keine weiteren Wortmeldungen und keine weiteren Anträge.)

Das Postulat betreffend Mechanismus zur Begrenzung des Stellenwachstums geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

8. Postulat der Fraktionen EVP, Die Mitte und Grüne, vom 2. September 2025, betreffend Gemeinschaftsraum in der Au; Begründung

Joël Utiger, Die Mitte: Die Au ist mit ihren über 6000 Einwohnerinnen und Einwohnern ein sehr grosser und mit den vielen aktuellen und zukünftigen Bauten, wie zum Beispiel dem Au-Park, auch ein weiter wachsender Ortsteil von Wädenswil. Der Au hat sehr viel zu bieten. Das Highlight ist sicherlich die Halbinsel Au, welche Besucherinnen und Besucher weit über Gemeindegrenzen zum Verweilen, Spazieren oder Joggen einlädt. In der Au gibt es auch einige sehr aktive Vereine, wie zum Beispiel der Frauenverein, der Männerchor Au-Langgrüti-Wädenswil oder auch der Quartierverein.

Alle Vereine haben eine gemeinsame Schwierigkeit, nämlich geeignete Örtlichkeiten für die Durchführung ihrer Anlässe und Treffpunkte zu finden. Mit der baldigen Schliessung des Restaurants Schützenhaus fällt einer der wenigen noch vorhandenen Treffpunkte bald weg.

In der Tat gibt es auch mit den Räumlichkeiten im Zentrum Bruder Klaus oder vom Gasthof Oberort Orte, wo ein Anlass durchgeführt werden könnte. Die Mietkosten von 100 bis – je nach Dauer der Veranstaltung – mehrere 100 Franken kann sich aber nicht jeder Verein oder gar jede Privatperson regelmässig leisten. Dass das Problem nämlich nicht nur von den Vereinen als Problem erachtet wird, sondern auch von den Örtlerinnen und Örtlern, zeigt die Tatsache, dass – bei einer erst kürzlich durchgeführten Veranstaltung der Soziokultur – in der Au, bei einem Ideenwettbewerb, bei dem es darum ging, was man in der Au noch verbessern könnte. Unter anderem das Thema "Treff in der Au" gewonnen hat. Auch die Stadt hat das Interesse, dass die Ortsteile und Quartiere von Wädenswil aktiv sind und gelebt und belebt werden.

Leistet doch die Vereine einen wichtigen Beitrag für den sozialen Austausch und Zusammenhalt, wie die Integration von Ausländerinnen und Ausländern, aber auch von Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger.

Stadtrat Finanzen, Christof Wolfer. Der Stadtrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

(Die Diskussion wird eröffnet.)

Christopher Tattersall, SVP:

Ich finde, dieses Postulat unnötig. Unnötig, weil, falls das Schützenhaus schliesst, hoffentlich das Geschäft des Schützenhauses an die übrigen Restaurants in der Gemeinde übergeht. Es gibt sicherlich Plätze, sei es in der Halbinsel oder in Schöneberg, oder in der Stadt für Anlässe. Es ist zu hoffen, dass so die Umsätze bei den verbleibenden Restaurants bleiben. Antrag auf Ablehnung

Bruno Cogliati, SVP:

Frage nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern was du für dein Land tun kannst. Dieses berühmte Zitat stammt aus der Antrittsrede des amerikanischen Präsidenten John F.

Kennedy vom 20. Januar 1961. Er wollte damit Bürgerinnen und Bürger dazu ermutigen, aktiv zum Wohl ihres Landes beizutragen, anstatt nur auf staatliche Leistungen zu warten. Beim Lesen des Postulates der EVP-, Mitte-, und der Grünen-Fraktion ist mir das Zitat sofort in den Sinn gekommen. Ist es wirklich notwendig, dass der Stadtrat prüfen muss, wie und wo im Ortsteil auch ein niederschwelliger, öffentlich zugänglicher Gemeinschaftsraum geschaffen werden kann?

Meine Empfehlung dazu: Der Erstunterzeichner sollte vom Artikel 37 Absatz 3 der Geschäftsordnung vom Gemeinderat Gebrauch machen und das Postulat zurückziehen, bevor wir über einen Antrag zur Nichtüberweisung abstimmen müssen.

In der Au sind bereits Räume im Zentrum Bruder Klaus, Gasthof Oberort vorhanden. Im Schulhaus Ort und im Aupark sollten in der nächsten Zukunft weitere Quartierräume realisiert werden.

Zufälligerweise haben die drei Unterzeichner ihren Wohnsitz in der Au. Für mich wirkt das Ganze auf den ersten Blick eher wie ein Wahlkampfpostulat. Aber wie heisst es so schön? Ein Schelm, der Böses denkt.

Samuel Wehrli, Grüne: Ich bin einer von diesen drei auf Wahlfang, wie du das da schön gesagt hast. Also die Argumente, die ihr gebracht habt, sind recht generisch, auch das Zitat, das du gesagt hast. In Wädenswil haben wir verschiedene Räume, die unterstützt werden von der Gemeinde

Andere Gemeinden, Basel, Zürich, die haben x-Orte für die Leute, die sie treffen können, die unterstützt werden. Es ist auch ganz klar, dass Vereine unterstützt werden, der FC wird unterstützt und so weiter. Also es ist in keiner Art und Weise abwegig, dass eine Gemeinde Vereineunterstützt, wie das jetzt gerade hier suggeriert worden wäre, dass man das nicht machen sollte. Ich glaube, wenn man das konsequent durchdenken würde, was die erforschen, dann hätte es keine Unterstützung für den FC oder auch nicht für x andere wie den Schwimmvereinen und ich glaube, dann hätten wir eine sehr armselige Landschaft.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Roman Schafflützel gibt es keine weiteren Wortmeldungen und keine weiteren Anträge.)

Abstimmung über die Überweisung des Postulats

Der Rat stimmt mit 18 zu 14 Stimmen und einer Enthaltung für die Überweisung des Postulats an den Stadtrat.

Das Postulat betreffend Gemeinschaftsraum in der Au geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

1.1.1

9. Einbürgerungsgeschäft

Joël Utiger, Präsident Bürgerrechtskommission: Die Bürgerrechtskommission hat das vorliegenden Einbürgerungsgesuch sorgfältig geprüft und empfiehlt dem Gemeinderat, dem Kandidaten das Wädenswiler Bürgerrecht zu erteilen.

Abstimmung über die Einbürgerungsgesuche

Gegen die von der Bürgerrechtskommission beantragte Einbürgerung gibt es keine Wortmeldungen und Gegenanträge. Es wird über die Einbürgerungen abgestimmt und den Kandidatinnen und Kandidaten unter Vorbehalt der Genehmigung durch Bund und Kanton das Wädenswiler Bürgerrecht erteilt.

Gemeinderatspräsident Roman Schafflützel: Unter Vorbehalt der Genehmigung durch Bund und Kanton hast du mit der Zustimmung durch den Gemeinderat heute Abend das Wädenswiler Bürgerrecht erworben. Herzliche Gratulation. Mach bitte Gebrauch von deinen neuen Rechten und beteilige dich am politischen Geschehen in Wädenswil. Der Stadtrat führt zwei Mal pro Jahr einen Neubürger- und Neuzuzügeranlass durch. Dazu wirst du herzlich eingeladen. Du wirst in absehbarer Zeit entsprechende Post erhalten.

Mitteilung Stadtpräsident Philipp Kutter betreffend "Nachbarswil"

Stadtpräsident Philipp Kutter: Wädenswil kennt umfangreiche Unterstützung der Bereiche Kultur; letzten Sommer gab es ein Kulturfestival – gemeinsam mit der Gemeinde Richterswil – mit dem Namen "Nachbarswil". Eines der Produkte daraus finden Sie vor sich auf dem Tisch. Teil des Festivals war eine Schreibwerkstatt, an welcher sich verschiedene Menschen beteiligt haben und eine Geschichte mit Bezug zu ihrer Heimat zu schreiben.

(Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf entsprechende Frage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände erhoben.)

(Gemeinderatspräsident Roman Schafflützel schliesst die Sitzung.)

Fabian Marty, Ratssekretär a.i.